

Ethik oder Religion?

Ethik!

In Berlin tobt ein Streit um die Vermittlung von Werten in der Schule. Das Pflichtfach Ethik befürwortet Martin Spiewak: Denn die großen Fragen des Zusammenlebens sollten von allen Schülern gemeinsam erörtert werden

Das Pflichtfach Ethik befürwortet Martin Spiewak: Denn die großen Fragen des Zusammenlebens sollten von allen Schülern gemeinsam erörtert werden

Pusten wir den Pulverdampf des Berliner Kulturkampfes einmal beiseite. Vergessen wir die mitunter primitiven wie verletzenden Unterstellungen alter Religionsverächter und neuer Glaubenseiferer, von denen es in der Hauptstadt überraschend viele gibt. Dann stellt sich die Alternative so dar: Sollen Schüler über Gleichheit und Gerechtigkeit, Freundschaft und Glück, über Glauben und Lebenssinn gemeinsam reden? Oder erreicht die Schule mehr, wenn sie die Jugendlichen nach Religion und Herkunft teilt?

Die Antwort liegt für mich auf der Hand. Gerade weil diese großen Themen kein einfaches Richtig und Falsch kennen, weil man die andere Meinung braucht, um die eigene zu finden, müssen Schüler die Fragen zusammen erörtern: in einem Fach, im gleichen Klassenzimmer. Ein Ethikunterricht für alle Schüler bietet dafür die geeignete Form – nicht nur in Berlin, aber gerade dort.

Keine andere Metropole in Deutschland ist so modern, multikulturell und zerrissen wie die Hauptstadt: in Ostler und Westler, Arme und Reiche, Gläubige und Areligiöse. Weit weniger als die Hälfte der Berliner Familien ist christlich gebunden, eine wachsende Gruppe bekennt sich zum Islam. Die Mehrheit jedoch besitzen die Konfessionslosen. In solch einer Stadt dürfen auf dem Lehrplan nicht nur Mathematik, Deutsch oder Englisch stehen. Vielmehr muss eine gute Schule auch Mitmenschlichkeit und Rücksichtnahme vermitteln, muss über Vorurteile und Gewalt diskutieren, über die Würde des Menschen und seine Rechte. Sie hilft damit, eine Wertebasis zu schaffen, auf der sich die Schüler und zukünftigen Bürger verständigen.

Zwar nimmt dieser Bildungsauftrag alle Fächer in die Pflicht, Sport ebenso wie Gemeinschaftskunde oder Physik. Die direkte Konfrontation mit den großen Fragen des Zusammenlebens benötigt jedoch einen eigenen Raum, in dem die Überzeugungen aufeinanderprallen und die Schüler gemeinsam voneinander und miteinander lernen – ohne die Möglichkeit, sich auszuklinken und in die religiöse Nische zurückzuziehen.

Denn warum sollte man gegenseitige Toleranz ausgerechnet dann am besten lernen, wenn man die Klassen aufteilt: in Gläubige und Agnostiker, Evangelische und Katholische, Sunniten und Alewiten? Diese Trennung möchte man doch gerade überwinden! Natürlich kann man auch im christlichen Religionsunterricht viel über den Islam erfahren und umgekehrt. Das Lernen verändert sich jedoch grundsätzlich, wenn ein Vertreter der anderen Religion oder der anderen Meinung im Klassenraum mitdiskutiert. Gerade religiös Gebildete können in einem solchen Gespräch den Unterricht außerordentlich bereichern. Umgekehrt ist es für gläubige Jugendliche eine nützliche Erfahrung, dass ihre Mitschüler andere Wahrheiten kennen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Ein Land, in dem die Bindungskräfte schwinden, braucht Organisationen, die den Zusammenhalt stärken. Kinder haben zudem ein Recht auf religiöse Bildung. Deshalb gehören die Kirchen und ihr Unterricht durchaus in die Schule – als Einladung zum Lernen für alle, die es wünschen. Aber genau dieses freiwillige Angebot sichert die neue Regelung auch weiterhin. Wie zuvor stellt

die Berliner Schulbehörde den Glaubensgemeinschaften für ihren Unterricht nicht nur die Räume zur Verfügung. Sie bezahlt wie die Behörden in anderen Bundesländern auch die Gehälter der Religionslehrer. Von einer Verbannung des Glaubens aus der Schule kann also keine Rede sein.

Zwar stimmt es, dass die Ethikstunden den Religionsunterricht in vielen Schulen auf den Nachmittag verdrängt haben. Nicht alle Jugendlichen haben nach sechs oder sieben regulären Stunden noch die Motivation, an einer weiteren freiwillig teilzunehmen. Die Zahl der Religionsschüler ist deshalb gesunken, am stärksten bei der evangelischen Kirche. Sie verzeichnet einen Rückgang von einem Fünftel der Schüler in den Klassen sieben bis neun. Der Schwund ist schmerzhaft, aber keinesfalls so dramatisch, wie die Kirchen ihn vorausgesagt haben.

Auch für die Befürchtung, die staatlichen Ethiklehrer würden die Schüler zu Kirchenferne und Atheismus erziehen (einige Kritiker fühlten sich gar an die Staatsbürgerkunde der DDR erinnert!), gibt es nach zwei Jahren Erfahrung mit dem Fach keine Belege.

Hinter diesem Verdacht steckt jedoch noch etwas anderes: die Ansicht der »Pro Reli«-Anhänger, dass der Ethikunterricht den Schülern gemeinsame Werte gar nicht vermitteln könne. Dafür brauche es Religionsstunden und Lehrer, die selbst gläubig seien. Dieses Argument ist nicht nur anmaßend, denn es beansprucht für Gläubige eine höhere Moral. Es fällt auch weit hinter die Aufklärung zurück. Weder Kant noch Aristoteles brauchten die Bibel, um ihre Regeln des Zusammenlebens schlüssig zu begründen. Und ebenso wenig wie ein Gemeinschaftskundelehrer in einer Partei sein muss, um glaubhaft Demokratie zu unterrichten, muss ein »Wertelehrer« einer Kirche angehören.

Es wäre um Deutschland und seine Hauptstadt schlecht bestellt, wenn nur jene, die am Religionsunterricht teilgenommen haben, wüssten, warum man die Gesetze befolgt, das Grundgesetz achtet und seinen Mitmenschen Respekt entgegenbringt. Genau darum geht es in dem neuen Fach: um gelebte Werte, nicht um gelebten Glauben.

Früher konnten Schüler in Berlin nur wählen, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen oder in die Eisdielen gehen. Heute haben alle Jugendlichen Ethik plus die Wahl zwischen Religion oder Eisdielen. Das ist ohne Zweifel ein Gewinn.

Schule

DIE ZEIT, 08.01.2009 Nr. 03